

Endgültiger Abschied von der Willkommenskultur

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Die Verlautbarungen von Friedrich Merz in den vergangenen Monaten haben nichts Gutes erwarten lassen. Mit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD ist nun klar: Die Sorgen waren berechtigt. Die Themen Migration und Integration werden von der neuen Bundesregierung fast gänzlich als Problem und Sicherheitsrisiko betrachtet und beschränken sich hauptsächlich auf den Bereich Flucht. Potenzialorientierung und -förderung werden vollständig ausgeblendet. Die ideologischen Leitplanken werden unmittelbar auf Seite eins des Vertrages gesetzt, wo es heißt, sogenannte irreguläre Migration polarisiere die Gesellschaft. Zwar wird zu Beginn des Unterkapitels 3.3. „Migration und Integration“ der Form halber noch bezeugt, Deutschland bleibe ein einwanderungsfreundliches Land bleiben, das Grundrecht auf Asyl werde nicht angetastet und Integration solle ermöglicht werden, jedoch verändert sich die Rhetorik anschließend drastisch. Menschen mit Fluchtgeschichte wird pauschal unterstellt, in die Sozialsysteme einwandern zu wollen, weshalb die neue Bundesregierung angebliche „Anreize“ reduzieren und Migration insgesamt begrenzen will.

In der Folge besteht das entsprechende Kapitel aus einer Aneinanderreihung beabsichtigter migrations- und aufenthaltsrechtlicher Repressionen. Unter anderem ist vorgesehen, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern und das Ausweisungsrecht zu verschärfen. Besonders schwer wiegt das Vorhaben, Asylsuchende an der deutschen Grenze zurückzuweisen, ungeachtet der Tatsache, dass damit europäisches Recht gebrochen wird. Zugleich sollen bestehende legale Einwanderungsmöglichkeiten reduziert oder gleich ganz abgeschafft werden. Betroffen wäre beispielsweise das Aufnahmeprogramm für gefährdete Afghaninnen und Afghanen und die Westbalkan-Regelung, die seit 2016 Menschen aus den Westbalkan-Ländern den Aufenthalt zu Arbeitszwecken erleichtert. Auch das Ansinnen, auf europäischer Ebene das sogenannte Verbindungselement zu streichen, zeigt, dass grundlegende humanitäre Prinzipien aufgegeben werden. Sollte die zukünftige Bundesregierung in dieser Hinsicht erfolgreich sein, können abgelehnte Asylsuchende auch in Länder abgeschoben werden, zu denen sie keinerlei Verbindungen oder Beziehungen haben. Geradezu schändlich ist die Verknüpfung von Migrationssteuerung und Entwicklungszusammenarbeit, die bereits seit geraumer Zeit Herkunfts- und Transitländern Kooperationsverträge aufzwingt. Dieses machen den Erhalt von Fördergeldern abhängig von der Bereitschaft zur Abriegelung der Grenzen, um Ausreise und Transit zu verhindern, wie auch der Verpflichtung zur Rücknahme von abgeschobenen Asylsuchenden. Resultat solcher Verträge, wie sie auch von der Europäischen Union ausgehandelt werden, sind oftmals schwere Menschenrechtsverletzungen. Beispiele hierfür ist der unmenschliche Umgang

mit Flüchtenden in Libyen oder Tunesien, der klar die Antifolterkonventionen der UN und der EU verletzt.¹

Es ist unschwer zu erkennen, dass die Pläne der designierten Bundesregierung auf die Erosion des Asylrechts ausgerichtet sind, das im vergangenen Jahrzehnt schrittweise ausgehöhlt und bereits verschärft wurde. **Der einzelne schutzsuchende Mensch wird zur gesichtslosen Gefahr stigmatisiert, Verfolgte zum politischen Spielball entmenschlicht**; das pro forma verkündete Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl verkommt zur Makulatur.

Einige Punkte des Koalitionspapiers scheinen vordergründig positiv zu sein: Geduldeten wird unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eines Aufenthaltstitels eingeräumt. Ansatzweise positiv ist weiterhin, dass es für Bleibeberechtigte bessere Startchancen durch „effiziente und zielgerichtete Angebote“ geben soll, allerdings werden diese Angebote nicht weiter konkretisiert. Dafür aber sollen Neueingewanderte zu einer Integrationsvereinbarung verpflichtet werden. Es bleibt abzuwarten, wie dieses Vorhaben genau realisiert wird, vor dem Hintergrund der repressiven Gesamtausrichtung der zukünftigen Integrationspolitik ist aber zu befürchten, dass hier ein weiteres Instrument zur Durchsetzung von Assimilationsforderungen unter Sanktionsandrohungen geschaffen werden soll.

Insgesamt wird deutlich, dass die Kluft zwischen erwünschten Einwander*innen und unerwünschten in Zukunft noch vergrößert wird. Fachkräfte aus dem Ausland gehören nach wie vor in die erste Kategorie, deren Einwanderung demnach auch gefördert wird, z.B. durch die Verbesserung der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen und die Verkürzung von Arbeitsverboten auf drei Monate. Menschen mit Fluchtgeschichte können von diesen Neuerungen profitieren – solange sie als wirtschaftlich verwertbar gelten, also eine sogenannte Bleibeperspektive haben.

Eine gewisse Erleichterung bringt die Zusicherung, die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) „auskömmlich“ zu finanzieren sowie Berufssprachkurse anzubieten. Vor dem Hintergrund der dramatischen Kürzungen in den Bundesförderprogrammen für die Betreuung und Beratung von geflüchteten und anderen Menschen mit internationaler Familiengeschichte sowie den Integrationskursen bleibt jedoch die Sorge einer massiven Unterfinanzierung.

Darüber hinaus fehlt es im Koalitionsvertrag an konkreten Ideen, wie ausländische Fachkräfte im Land gehalten werden können. Mehr als die Hälfte der nach Deutschland eingewanderten

¹ Vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-muenchen/eu-asylsuchende-nordafrika-100.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025; und <https://www.fes.de/abteilung-internationale-zusammenarbeit/artikelseite-internationale-arbeit/libyens-kuestenwache>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

Fachkräfte wandert nach wenigen Jahren wieder ab.² In Zukunft wird es immer wichtiger werden, ausländische Fachkräfte zu halten, damit sich der wirtschaftliche Abwärtstrend nicht noch weiter verschärft. Nachweislich wirken eine mangelnde gesellschaftliche Offenheit, unzureichende Integrationsstrategien und erstarkende rechte Bewegungen abschreckend auf ausländische Fachkräfte.

Eine derartige Politik, die Menschen lediglich nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit sortiert, ist im Stande, nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerschlagen, sondern gerade auch den Fortbestand einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und des Rentensystems zu gefährden. Die pauschalen Diffamierungen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der (rechtsorientierten) Politik und zum Teil auch in den Medien schaden unserer Gesellschaft ungemein. Der Rechtspopulismus schreckt ausländische Fachkräfte ab und schwächt Deutschland als Wirtschaftsstandort: Studien zeigen, dass Fachkräfte rechtsorientierte Staaten meiden.³

In Einklang mit einer Politik der Verslossenheit erscheinen Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Koalitionsvertrag lediglich als Adressat*innen von Integrationsforderungen. Allein die Überschrift des Kapitels „**Sicheres Zusammenleben**, Migration und Integration“ suggeriert, dass Migration und Menschen mit internationaler Familiengeschichte ein gravierendes Problem für den Staat darstellen. Direkt zu Beginn heißt es, dass „den multiplen Bedrohungen von außen und im Innern“ mit einer „Zeitenwende“ begegnet werden soll. Völlig ungeniert wird Einwanderung mit einer unkontrollierbaren Gefahr assoziiert und Tür und Tor für abwertende Interpretationen geöffnet. Die Thematisierung von Staatssicherheit im Kontext von Einwanderung ist hochgradig riskant, da sie pauschalisierende Zuschreibungen reproduziert, integrationspolitisch kontraproduktiv wirkt und zur gesellschaftlichen Spaltung sowie zur Verstärkung migrationsbezogener Ängste beiträgt.

Zudem verengt die Konzentration auf Flucht- und Fachkräfteeinwanderung den Blick auf das Thema „Zusammenleben in Vielfalt“ erheblich. 29,7 % der Bevölkerung Deutschlands haben eine internationale Familiengeschichte (knapp 25 Mio.)⁴. Nur rund drei Millionen davon sind schutzsuchende Menschen, geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer mit eingerechnet.⁵ Die Zahlen machen deutlich, dass die geradezu hysterisch geführten Debatten über

² Vgl. „Unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft: Zwei Millionen ausländische Fachkräfte in Engpassberufen.“ IW-Kurzbericht 71/2024. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Engpassberufe_auslaendische_Fachkraefte.pdf.

³ Vgl. „Measuring and Assessing Talent Attractiveness in OECD Countries“. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 229, 2019. <https://web.archive.oecd.org/2019-05-29/521682-Measuring-and-Assessing-Talent-Attractiveness-in-OECD-Countries.pdf#page=19>.

⁴ Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12211/table/12211-0202>, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

⁵ Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/schutzsuchende-zeitreihe-schutzstatus.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

Fluchteinwanderung völlig deplatziert sind und weder den geflüchteten Menschen selbst gerecht werden, noch dem Thema Migration/Integration insgesamt. Während im Koalitionsvertrag fast ausschließlich von *Begrenzen, Ausweisen, Aussetzen und Beenden* die Rede ist, bleiben Themen, die Menschen mit internationaler Familiengeschichte positiv in den Blick nehmen, fast vollständig auf der Strecke. Insbesondere für diejenigen, die seit Langem in Deutschland leben – viele davon bereits in zweiter oder dritter Generation – findet sich wenig. Es werden keinerlei Vorhaben im Koalitionsvertrag skizziert, um die Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sichtbar zu machen, Teilhabechancen zu verbessern und bestehende Benachteiligungen aufzubrechen. Dringend nötig sind z.B. strukturelle Förderungen zur interkulturellen Öffnung in Form von Diversitätsquoten, verbindlichen Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und die Anerkennung von Ressourcen wie etwa Mehrsprachigkeit. Anstelle progressiven Handelns setzt die neue Bundesregierung jedoch auf Rückschritt. Kaum durch das noch amtierende Parlament verabschiedet, soll die Einbürgerung nach drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen – populistisch als „Turboeinbürgerung“ bezeichnet – wieder gestrichen werden. Das ist bedauerlich, nicht nur, weil Deutschland seine Einbürgerungsbestimmungen mit dieser Regelung modernisiert und anderen Einwanderungsländern wie Irland oder Kanada angeglichen hat, sondern auch weil abzusehen ist, dass die Rücknahme als Türöffner für weitere Verschärfungen im Staatsangehörigkeitsrecht fungiert.

Zu begrüßen ist die Absicht, ein NSU-Dokumentationszentrums in Nürnberg zu schaffen wie auch der erklärte Wille, den Diskriminierungsschutz auszubauen und Rassismus in all seinen „verschiedenen Erscheinungsformen“ zu bekämpfen. Vermissen lässt der Abschnitt allerdings konkrete Strategien, wie Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzutreten ist und z.B. Netzwerke von Rechtsextremisten zerschlagen oder der zunehmenden Bedeutung von Radikalisierung in den sozialen Medien begegnet werden soll. Ausgenommen von Antisemitismus – zweifellos eine immense Herausforderung – werden die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Antiziganismus oder Islamophobie nicht benannt. Wenig hilfreich ist es da, dass auf den Islam nur in negativer Weise Bezug genommen wird. Weder wird muslimischer Glauben als wichtiger Bestandteil der religiösen Vielfalt in Deutschland erwähnt, noch auf die Notwendigkeit hingewiesen, antimuslimischen Rassismus entschlossen zu bekämpfen. Auch institutioneller Rassismus wird als Phänomenbereich nicht adressiert, ebenso wenig wie Präventionsansätze oder die Stärkung des Opferschutzes.

Es kann nur als grob fahrlässig bezeichnet werden, dass die Koalitionspartner darauf verzichtet haben, auf die lange Einwanderungsgeschichte Deutschlands und die zahllosen Integrationserfolge hinzuweisen. Deutschland profitiert enorm von seiner Bevölkerungsvielfalt und sollte stolz sein auf die Errungenschaften der Einwanderungsgesellschaft. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind Teil unserer Gesellschaft. Sie leisten einen beachtlichen Beitrag zu Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und demographischer Entwicklung. Der Gesundheitssektor beispielsweise als zentraler Bereich der Daseinsvorsorge wäre ohne sie akut vom Kollaps bedroht.

Das Fehlen von Wertschätzung sendet fatale Signale in die Gesellschaft – an die Menschen mit internationaler Familiengeschichte und diejenigen, die sich in ihrer Ablehnung einer offenen Gesellschaft gestärkt sehen. Bereits jetzt fordert die rassistisch geprägte Diskursverschiebung ihren Tribut. Menschen mit internationaler Familiengeschichte leben mit dem Stigma „Migrationshintergrund“ unabhängig davon, ob sie erst kürzlich nach Deutschland gezogen sind oder hier geboren wurden; ob sie einen ausländischen Pass haben oder ob sie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind. Viele bekommen jeden Tag zu spüren, nicht vollständig dazugehören, ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder auf dem Wohnungsmarkt. Alltagsdiskriminierung ist allgegenwärtig, rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem neuen Höchststand.⁶ Die neue Bundesregierung scheint diesem Trend nichts Substantielles entgegensetzen zu wollen, im Gegenteil.

Stattdessen nähert sich die Regierungskoalition hinsichtlich ihrer Migrationspolitik ideologisch der AfD an, deren Zustimmungswerte immer weiter steigen und laut Forsa-Umfrage vom 22.04.2025 mittlerweile den ersten Platz belegt.⁷ So kommt der Koalitionsvertrag einer Absage an das gleichberechtigte Zusammenleben in Vielfalt gleich. Rassismus kann nicht mit Rassismus bekämpft werden, diese Erkenntnis ist so banal wie allseits bekannt. Dennoch bedient die neue Regierung wider besseres Wissen die Narrative der extremen Rechten – und stärkt damit genau jene Kräfte, die sie angeblich bekämpfen will. Rassistisches und rechtsextremes Gedankengut wird weiter normalisiert mit den zwangsläufigen Folgen: Ausgrenzende Debatten werden sich noch verschärfen, rassistische Einstellungen weiter befördert ebenso wie daraus resultierende Taten wie Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt. Für die unmittelbar betroffenen Menschen mit internationaler Familiengeschichte schlägt sich das rassistisch aufgeladene gesellschaftliche Klima in noch mehr Benachteiligung nieder. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist aber auch von Bedeutung, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland und das Vertrauen in die Demokratie leidet und nicht zuletzt die Sorge wächst, in Sicherheit leben zu können.

Darüber hinaus sind die migrationspolitischen Rückschritte der neuen Bundesregierung auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich tagtäglich mit Kraft, Zeit und Geld für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt einsetzen – ob in Behörden, ehrenamtlichen Organisationen und Vereinen oder im privaten Umfeld. Leitragende einer destruktiven Einwanderungspolitik ist am Ende die ganze Gesellschaft. Ein umfassendes Programm zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus wäre eine adäquate Antwort auf den Rechtsruck der letzten Jahre gewesen. Diese sollte flankiert werden mit einer progressiven, zukunftsfähigen Integrationspolitik, deren Leitgedanken Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Potentialentfaltung sind – ganz im Sinne eines selbstbewussten Einwanderungslands, das seine Stärken kennt und Herausforderungen nicht scheut.

Mai 2025

⁶ Vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-106.html>, zuletzt abgerufen am 23.04.2025.

⁷ Vgl. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/>, zuletzt abgerufen am 28.04.2025.